

129

Aktenzeichen: 3 AZR 119/83
Bundesarbeitsgericht 3. Senat Urteil vom 12. Februar 1985
- 3 AZR 119/83 -

I. Arbeitsgericht Urteil vom 16. Juni 1982
Münster - 2 Ca 1930/81 -

II. Landesarbeitsgericht Urteil vom 11. Januar 1983
Hamm - 6 Sa 1246/82 -

Für die Amtliche Sammlung: Ja
Für die Fachpresse: Ja
Für das Bundesarchiv: Ja



Entscheidungsstichwort:

Nachversicherung bei Verlust beamtenähnlicher Versorgung

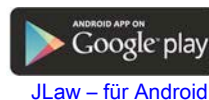
Gesetz: BetrAVG § 18 Abs. 1, 6, §§ 1, 2; AVG § 9 Abs. 1, § 6 Abs. 1, § 8 Abs. 1, § 112 Abs. 2, § 124 Abs. 8; RVO § 1385 Abs. 2, § 1402 Abs. 2; BeamtVG vom 24. August 1976 (BGBl I, 2485; ber. 3839) § 4; GG Art. 3, 12, 14; BGB § 1587 a; ZPO § 256; Beamtenengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen i.d.Änd. vom 25. März 1980 §§ 30, 96; LBG NRW i.d.F. vom 1. August 1966 (GVBl NRW 1966, 428; 1967, 13)

Leitsätze:

1. Arbeitnehmer, die mit einer unverfallbaren Versorgungsanwartschaft aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden, sind gemäß § 18 BetrAVG nachzuversichern und erhalten auf diese Weise eine Zusatzrente, die sich nach bestimmten Prozentsätzen ihres versorgungsfähigen Einkommens zur Zeit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses richtet. Dadurch ergibt sich eine Minderung der Gesamtversorgung bei hochverdienenden Angestellten, weil deren Grundversorgung in der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Beitragsbemessungsgrenze beschränkt wird.
2. Diese Versorgungslücke beruht nicht auf einer planwidrigen Unvollständigkeit mit der Folge einer Lücke des Gesetzes. Sie verletzt auch keine Verfassungsgrundsätze. Deshalb kommt eine ergänzende Rechtsprechung insoweit nicht in Betracht.
3. Es verstößt nicht gegen Art. 3 GG, daß für die Berechnung unverfallbarer Versorgungsanwartschaften im öffentlichen Dienst andere Grundsätze gelten als in der Privatwirtschaft.



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



3 AZR 119/83
6 Sa 1246/82 Hamm

B e s c h l u ß

In Sachen

pp.

hat der Dritte Senat des Bundesarbeitsgerichts am
16. Dezember 1985 beschlossen:

Das Urteil des Senats vom 12. Februar 1985
wird wegen offensichtlicher Schreibfehler
(§ 319 ZPO) dahin berichtigt, daß es auf

Seite 14, vorletzte und letzte Zeile der
Urteilsurschrift, und Seite 14, letzte Zeile
der Urteilsausfertigung,
richtig: "Lebensstandards"

sowie auf Seite 16, vorletzte Zeile des 1. Absatzes
der Urteilsurschrift und der Urteilsausfertigung,
richtig: "gesetzliche Grundversorgung"
(statt "gesetzliche Gesamtversorgung")

heißen muß.

Dr. Dieterich

Schaub

Dr. Peifer



[JLaw – Gesetze und Urteile](#)
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



[JLaw – für Android](#)



[JLaw – für iOS](#)